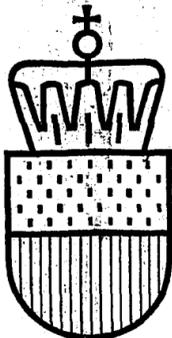


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50; vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 12 Rp. 30 Rp.
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweigggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ — 9490 Vaduz, Donnerstag, 23. Juni 1966

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

100. Jahrgang — Nr. 91

Industrie: «Pioniergeist und Solidarität»

Regierungschef Dr. Gerard Batliner sprach anlässlich der Hilti-Jubiläumsfeier zur heutigen Situation unserer Industrie

Anlässlich der 25-Jahr-Feier der Firma Hilti AG in Schaan, welche am vergangenen Donnerstag mit einem Empfang für die Vertreter des öffentlichen Lebens begannen, ergriffen verschiedene Redner das Wort zu aktuellen wirtschaftlichen Fragen unseres Landes und namentlich zur heutigen Situation der liechtensteinischen Industrie. Da diese Ausführungen zum Teil allgemein interessanten Inhaltes sind und Grundsätzliches über Aufgaben und Ziele unserer Industrie aussagen, werden wir einzelne Voten in den kommenden Ausgaben auszugswise wiedergeben. Wir bringen heute die wesentlichen Passagen aus der Ansprache von Regierungschef Dr. Gerard Batliner, der einleitend Grüsse und Glückwünsche namens der Fürstlichen Regierung überbrachte. Der Regierungschef würdigte sodann die Rationalisierungsmassnahmen der Firma Hilti im Sinne der wirtschaftlichen Konsolidierung, wie die vorzügliche Planung, Entwicklung und Werbung dieses liechtensteinischen Industriebetriebes. Wörtlich führte der Regierungschef unter anderem folgendes weiter aus:

«Noch etwas ist mir aufgefallen, wieviele Lehrlinge Sie haben und wie gut diese Lehrlinge ausgebildet werden. Dass das ganze erste Jahr über die Lehrlinge vollständig unproduktiv tätig sind und auch die kommenden Jahre nur teilweise für die Produktion verwendet werden, ist ein sehr erfreuliches Zeichen und spricht für den Betrieb und alle diejenigen, die mit der Lehrlingsbetreuung zu tun haben. Dann noch ein Wort zum Sozialwesen, das Sie in Ihrer Ansprache erwähnt haben. Wir wissen, dass Sie vieles tun auf dem sozialen Sektor, dass Sie nicht nur die gesetzlich gebotenen Sozialbeiträge entrichten, und dass Sie sogar auch auf dem Sparprämiensystem, also in der Eigentumsbildung Erfreuliches leisten.

Was heute nicht in dem Umfange erwähnt wurde, wovon ich aber Kenntnis habe, ist die Unterstützung der Freizeitbeschäftigung, die Sie

wirklich pflegen, und ich möchte allen jenen, die mit der Freizeitbeschäftigung zu tun haben, die diese leiten und ihr vorstehen, meinen Dank aussprechen. Das Kompliment gilt sowohl der Leitung als auch der Belegschaft, die ja sicher namentlich das ihre zum Erfolg, den Sie heute uns offen demonstrierten, beigetragen haben.

Die Entwicklung Ihres Betriebes ist ein typischer Ausschnitt einer Entwicklung, die unser Land seit dem letzten Weltkrieg in der zweiten Industrialisierungsphase durchgemacht hat. Wir haben erst im Jahre 1947 wieder diejenigen Beschäftigten-Zahlen erreicht, die wir vor dem Ersten Weltkrieg in der Industrie hatten. Diese Entwicklung zur Vollbeschäftigung, die uns an die Spitze der wohlhabenden Staaten geführt hat, diese Entwicklung verdanken wir zu einem erheblichen Teil der liechtensteinischen Industrie, ihrem Pioniergeist, ihrem Arbeitsgeist und ihrer Tüchtigkeit und Solidarität.

Die Metallindustrie ist kennzeichnend für die zweite Phase unserer Industrialisierung und hat neben der traditionellen Industrie namentlich zur Erreichung der Vollbeschäftigung, die einige Jahre zurückliegt, beigetragen. Wenn wir alle Erwerbstätigen des Landes in Anschlag nehmen und das Jahr 1963, das ist das Jahr, in dem unsere Plafonierungsvorschriften erlassen wurden, berücksichtigen, dann arbeiten 42 Prozent aller Erwerbstätigen in der Industrie. 50 Prozent der unselbständigen Erwerbstätigen und wenn wir den sekundären Sektor betrachten, also Handwerk, Baugewerbe und Industrie zusammen, dann entfallen auf die Industrie 74 Prozent der Beschäftigten und davon 52 Prozent auf die Metallindustrie, 22% auf die Nichtmetallindustrie.

Man muss, glaube ich, auch einen ab und zu geäußerten Gedanken aus der Welt räumen oder klarstellen,

dass unsere Industrie nicht der hauptsächlichste Konkurrent unseres Gewerbes ist was die Produktion anbetrifft. Wir haben kaum Produkte in unserem Gewerbe, die mit den Produkten unserer Industrie oder umgekehrt in Konkurrenz treten.

Die Konkurrenz unseres Gewerbes mit dem Ausland liegt bei denjenigen Betrieben, welche Massengüter herstellen und nicht bei unserer Industrie. Etwas differenzierter und anders gelagert liegen die Verhältnisse selbstverständlich auf dem Arbeitsmarkt. Aber unser Gewerbe selbst hat durch den Wohlstand, der in die breiten Schichten der Bevölkerung eingedrungen ist, profitiert, indem eben das Gewerbe umso mehr durch den steigenden Wohlstand in Anspruch genommen wird, als die früher der Fall war. Die Entwicklung der letzten 20, 25 Jahre, ich habe es schon erwähnt, ist eine Entwicklung zum Wohlstand gewesen. Dabei hat unser kleines Land der Industrie besondere Vorteile bieten können. Nicht nur aus sich allein. Wir müssen hier sicher den Zollvertrag und die Wirtschaftsverhältnisse, die wir dank der Verbindung mit der Schweiz haben, an erster Stelle nennen. Wir müssen aber auch das gesamte Wachstum, das die westliche Wirtschaft genommen hat einbeziehen, und nur im Rahmen dieses gesamten Wachstums war die stürmische Entwicklung in Liechtenstein möglich.

Und wir müssen dann die spezifisch liechtensteinischen Verhältnisse noch einbeziehen, die günstigen steuerlichen Verhältnisse, die die Industrie von Anfang an genossen hat und auch heute noch geniesst. Es sind auch andere Vorteile, die unser Land bietet, die Autonomie unseres Landes usw.

Wir müssen aber auch die Nachteile eines kleinen Landes sehen, eines auf noch nicht einmal 20 000 Einwohner limitierten Landes.

Der Absatz, die Produkte, die Rohstoffe, die Halbfabrikate, die herkommen, stammen aus dem Ausland. Der Absatz entfaltet sich fast zu 100 Prozent auf den ausländischen Märkten, der Arbeitsmarkt ist sogar vom Ausland abhängig geworden, und ich glaube, dass unsere Plafonierung auch dazu beigetragen hat, dass sich unsere Industrie, die eine stürmische Expansion hinter sich hat, noch stärker wie sie es vielleicht geplant hat, umstellen, und auf die liechtensteinischen und begrenzten Weltverhältnisse einrichten musste und noch muss. Ich glaube, dass es eine glückliche Entwicklung ist, wenn unsere Industrie (zum Teil bahnen sich solche Verhältnisse schon an) ihre Produktion teilweise ins Ausland verlagert, und die Entwicklung und die Verwaltung hier im Lande behält oder dass sie in dem Umfange mechanisiert und rationalisiert, dass nicht allzuvieler

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Auch ein österreichischer Automobilist...

Unter dem Titel «Man höre beide Teile» publizierten Sie in der Ausgabe vom letzten Samstag die Zuschrift eines österreichischen Automobilisten, der sich über die «brutale» Behandlung durch Beamte der liechtensteinischen Polizei beklagt. Aus der angefügten Stellungnahme der Polizei, die übrigens äusserst sachlich und unpolemisch gehalten war, konnte man entnehmen, dass der besagte Pkw-Lenker wiederholt ohne Führerschein und mit einem Fahrzeug unterwegs war, das den Sicherheitsvorschriften in keiner Weise entsprochen hat. Zu Gewaltanwendungen durch die Polizei kam es (wie auch dem Leserbrief zu entnehmen ist) erst nachdem sich der angehaltene Automobilist wiederholt weigerte, den Anordnungen der Polizei Folge zu leisten. Ich bin auch ein österreichischer Automobilist und möchte hier festhalten, dass unsere Polizeiorgane (mit vollem Recht) vermutlich schärfer vorgegangen wären und sich mit dem Schuldigen, wenn er zweimal ohne Führerschein und mit einem Auto in jämmerlichem Zustand angehalten worden wäre, kaum in lange Diskussionen eingelassen hätten. Verkehrsteilnehmer mit einer solchen Auffassung von Sicherheit und Ordnung sind in allen Ländern eine Gefahr für die übrigen Strassenbenutzer und sollten auch in allen Ländern entsprechend behandelt werden! vp.

fremde Arbeitskräfte in Anspruch genommen werden müssen.

Ich glaube, dass auch hier für die Zukunft die Grenzen gesehen werden müssen, die unserem Land naturgemäss gesetzt sind. Für den Massstab international grosser Industrien ist unser Land zu klein.

Wir sind glücklich, dass wir diese Entwicklung zum heutigen Wohlstande durchgemacht haben. Wir wollen für die Zukunft, was uns betrifft, namentlich den Sektor der Ausbildung, zu einem optimalen Ende führen. Wir wollen vom Staate aus alles beitragen, dass alle die Kräfte, die in Liechtenstein — im Jahre 1945 hatten wir ja sehr wenig Fachkräfte oder höhere Berufe —, dass alle diese Kräfte optimal ausgenutzt und ausgebildet werden. Dazu muss aber auch die Wirtschaft ihren Beitrag leisten, und wir hoffen auch, dass sie umgekehrt, dass das ganze Land und alle Wirtschaftskreise aber auch immer in Zukunft die Grenzen unserer Möglichkeiten sehen; die Grenzen unserer Kräfte, um nicht zu viel Risiken einzugehen. Unter Einhaltung der Grenzen, unserer Kräfte und andererseits durch optimale Ausnutzung unserer physischen und geistigen Kräfte wird wohl der Weg in die Zukunft führen.»

Spitalfrage: Warten auf den Brief

«Was sich nie und nirgends hat begeben — Das allein veraltet nie»

Unter dem Titel «Neubau Collegium Maria-num» publizierte das Liechtensteiner Vaterland am 11. Juni 1966 eine Reihe von «Fragen an die Fürstliche Regierung», die allesamt bereits anlässlich eines vorangegangenen, öffentlichen Forumsgespräch in Vaduz genau beantwortet worden waren. (Siehe «Tribüne der freien Meinung» im Liechtensteiner Volksblatt vom 16. 6.) Da dem Liechtensteiner Vaterland, genau wie allen anderen interessierten Kreisen, die Sachlage um den Collegiums-Neubau bekannt gewesen sein muss, kommt man nicht umhin, die Schreibweise des Union-Organs als Irreführung der Bevölkerung zu betrachten. Dass letzteres durchaus nicht so von der Hand zu weisen ist, bewies auch die Berichterstattung im Zusammenhang mit den Personalproblemen bei der Landesbank. (Siehe Liechtensteiner Volksblatt vom 22. Juni.)

Bezüglich der Frage nach wissentlicher Verbreitung von Meldungen, die nicht den Tatsachen entsprechen, sei deshalb noch folgendes angefügt: Im eingangs erwähnten Artikel des «Vaterlandes» zum Neubau des Collegiums war unter anderem auch diese Passage zu lesen: «Wir stellen sogar in diesem Zusammenhang eine ganz andere Frage: Hat die Regierung geruht, der Spitalkommission Vaduz endlich eine Antwort auf ihr Schreiben zu geben, das dieselbe vor langer Zeit schon an sie gerichtet hat? Wir haben in einer offiziellen Verlautbarung davon noch nicht gehört. — Vielleicht wartet man mit diesen Fragen wieder bis zu den nächsten Wahlen.»

Es ist nicht verwunderlich, dass das «Liechtensteiner Vaterland» in einer offiziellen Verlautbarung noch nichts davon gehört hat. Es wird auf das von ihm zitierte Schreiben auch noch länger als bis zu den Wahlen und auch dann noch vergeblich warten. Denn: Ein solches Schreiben der «Spital(bau)kommission» Vaduz ist nie abgefasst und auch niemals an die Regierung geschickt worden. Der angedeutete Brief, der schon «vor langer Zeit» an die Regierung geschickt worden sein soll, existiert gar nicht!

Wenn man nicht das schlechteste annehmen will, könnte man die spitzfindige Frage des «Vaterlandes» vielleicht so erklären: Tatsächlich wurde im März vergangenen Jahres von der Gemeinde Vaduz ein Schreiben an die Regierung gerichtet, worin eine Koordinierung der Tätigkeit zwischen Gemeinde- und Landesspitalbaukommission vorgeschlagen wird. Auf Antrag des Regierungschefs beschloss das Regierungskollegium im darauffolgenden Mai, die Gemeinde Vaduz zu den Beratungen der Landesspitalbaukommission beizuziehen. Die Folge davon war, dass anlässlich der ersten Sitzung dieses Gremiums, welche bereits im Dezember vergangenen Jahres stattfand, auch ein Vertreter der Gemeinde Vaduz teilgenommen hat.

Während man an zuständiger Stelle die Arbeit offenbar schon im Dezember vergangenen Jahres aufgenommen hat, wartet das «Liechtensteiner Vaterland» immer noch auf die Antwort zu einem Brief, den es gar nicht gibt.

notiert und kommentiert...

UdSSR: An der Schwelle zur Autowelle

Wenn ein Sowjetrusse einmal ausnahmsweise das Glück hat, über den eisernen Zaun hinauszuschauen und eine Reise in ein westliches Land zu unternehmen, so fällt diesem seltenen Gast unweigerlich die grosse Zahl privater Autos auf, die sich auf unseren Strassen tummeln. Er macht grosse Augen, wenn man ihm erklärt, dass es in den Vereinigten Staaten zwei Autos auf drei Einwohner gebe und dass es beispielsweise allein in der Stadt Genf auf fünf Einwohner ein Motorfahrzeug treffe. Auch in Liechtenstein würde er sich wundern, wenn er Automobile anträte, deren Polizeinummer die Zahl 6000 bereits weit übersteigt, was auf einen Fahrzeugbestand von zwischen 4000 und 5000 Einheiten hinweist, bei einer Einwohnerzahl von knapp 19 000 Menschen! In Russland freilich, und mithin in allen Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs, ist der Besitz eines eigenen Mo-

torfahrzeuges ein Luxus, auf welchen bis jetzt nur die allerwenigsten je zu hoffen wagten. Die Produktion an Privatautos ist lächerlich gering, und die neuen Wagen werden im allgemeinen den Herren Bonzen der Kommunistischen Partei sowie in zweiter Linie den Aerzten und Hebammen zugehalten. Lediglich alte «Knatterpennen» und Occasionen, die bei uns längst zum zweiten Mal das Eingangstor zu einem Autofriedhof durchquert hätten, kursieren auf dem Markt und werden zu horrenden Preisen gehandelt, welche den Wert eines Neuwagens im Westen weit hinter sich lassen!

Die Sehnsucht nach dem eigenen Wagen ist indessen im Osten so stark und das Gefälle an Wohlstand in seiner automobilistischen Ausprägung gegenüber den fortschrittlicheren westlichen Ländern so augenfällig, dass die Sowjetregierung nunmehr etwas unternehmen will, um diesem Rückstand an Prestige abzuwehren. Zwar gibt es in der Sowjetunion einige Automobilwerke, die qualitativ gute Wagen herstellen — so die grossen «Zim»-Limousinen, der «Wolga» von mittlerer Grösse und der kleine

«Moskwitsch» —; aber die Produktion ist so gering, dass es heute in der Sowjetunion erst etwa auf 250 Einwohner einen einzigen Wagen trifft. (Etwas besser sind die Verhältnisse nur in der Tschechoslowakei; aber auch hier ist der Stand an privaten Motorfahrzeugen nicht viel weiter gediehen als er bereits im Jahre 1939 gewesen war.) Was tut nun die Sowjetunion, um diesem Uebelstand abzuwehren? Dreimal darf man raten! Sie vergrössert natürlich zunächst einmal die bereits bestehenden Werke, um die Kapazität zu verdoppeln und zu verdreifachen. Aber das wirklich Entscheidende ist nicht diese Expansion der eigenen Produktion, sondern der überraschende Umstand, dass die Sowjets wieder einmal mehr ein gigantisches Techtelmechtel mit dem «bösen ausländischen Kapitalismus» eingehen wollen. Die grosse Turiner Firma Fiat soll einen neuen Industriekomplex in der Sowjetunion bauen, in welchem «Fiat»-Wagen in einer für das harte russische Klima angepassten Form gebaut werden sollen. Der Vertrag mit «Fiat» ist soeben unter Dach gebracht worden. «Fiat» verpflichtet sich, alle seine Lizen-